



WALTHER MÜLLER-JENTSCH:
TARIFAUTONOMIE
 ÜBER DIE ORDNUNG
 DES ARBEITSMARKTES
 DURCH TARIFVERTRÄGE

Springer VS,
 Wiesbaden 2018

ISBN 978-3-658-21228-5
 47 Seiten, 14,99 €
 eBook 4,99 €

Ein sperriges Thema auf nur 47 Seiten wissenschaftlich angemessen abzuhandeln – kann das gut gehen? Ja! Walther Müller-Jentsch, der Altmeister der Soziologie der industriellen Beziehungen, hat in der Reihe „essentials“ von Springer VS ein sehr informatives Heft zum Thema „Tarifaautonomie. Über die Ordnung des Arbeitsmarktes durch Tarifverträge“ vorgelegt, das sich gut als Einführung in eine zentrale Institution unserer sozialen Demokratie eignet.

Aus Sicht des Verfassers kann die Bedeutung der Tarifaautonomie nicht hoch genug eingeschätzt werden. Neben dem *Markt* und der *Demokratie* sieht er in der *Tarifaautonomie* die dritte konstitutive Institution des „okzidentalen Kapitalismus“ (Max Weber), die mit „paritätischen Vereinbarungen eine geordnete Arbeitswelt“ stiftet. Zu Recht bemängelt er, dass die Tarifaautonomie in der scientific community bislang vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wurde. Seine Schrift kann dem nicht grundsätzlich abhelfen, aber sie regt in vier Kapiteln dazu an, sich mit ganz unterschiedlichen Aspekten und Dimensionen der Tarifaautonomie und der darauf aufbauenden Tarifpolitik zu beschäftigen.

Im einleitenden Kapitel skizziert Müller-Jentsch die Tarifaautonomie als Grundrecht der Arbeitnehmer, das vor allem dazu diene, das strukturelle Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen und die Arbeitnehmer „tendenziell“ zu gleichberechtigten Marktteilnehmern zu machen. Tarifaautonomie funktioniert nur in Verbindung mit der grundgesetzlich geschützten Koalitionsfreiheit und diese wiederum setze zwingend die Streikfreiheit voraus. Ohne die Streikfreiheit, so zitiert der Verfasser den zu recht berühmten Satz des Bundesarbeitsgerichts, wären Tarifverhandlungen nichts anderes als „kollektives Betteln“. Die Tarifpolitik ist in den überschaubaren Rechtsrahmen des Tarifvertragsgesetzes mit seinen 13 Paragraphen eingebettet, ihr Themenfeld ist sehr weit gespannt, wie eine Auflistung exemplarischer Tarifverträge der vergangenen Jahrzehnte eindrucksvoll illustriert.

Die Tarifaautonomie als „paritätisches Verfahren privater Gesetzgeber“ sei in ihrer Bedeutung durchaus dem allgemeinen Wahlrecht vergleichbar, so Müller-Jentsch im zweiten Kapitel. Ihre Akzeptanz basiere auf den unterschiedlichen essenziellen Funktionen, die sie im Ergebnis für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gleichermaßen attraktiv mache. Für die Arbeitnehmer seien vor allem Schutz-, Verteilungs- und Partizipationsfunktion von Bedeutung, die Arbeitgeber profitierten von der Kartell-, Ordnungs- und Befriedungsfunktion. Aus Sicht des Staates sei die Entlastungs- und Befriedungsfunktion wichtig. Knappe Informationen zur Gewerkschaftslandschaft und dem Netz der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände ergänzen die Funktionsanalyse.

Unter der Überschrift „Vom Klassenkampf zur Sozialpartnerschaft“ führt der Verfasser im dritten Kapitel in großen Schritten durch die Tarif- und Gewerkschaftsgeschichte. Interessant sind vor allem die vermutlich we-

niger bekannten Informationen über die Entstehung des Tarifvertragswesens von den 1830er Jahren bis zur Weimarer Republik. Eindeutig zu knapp hingegen fällt die Darstellung der Entwicklung seit 1945 aus. Ob die Charakterisierung des heutigen Zustandes der industriellen Beziehungen als „Sozialpartnerschaft“ bzw. als „zivilisierte Konfliktpartnerschaft“ zutrifft, dürfte in der scientific community wie auch bei den Gewerkschaften durchaus umstritten sein.

Schließlich werden im letzten Kapitel aktuelle Probleme der Tarifaautonomie angesprochen: Es geht um die vielfach immer noch umkämpfte Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifvertragspartei (Beispiele: Amazon, Ryanair), um die Verbetrieblichung der Tarifpolitik durch Öffnungsklauseln, die Tarifkollision bei konkurrierenden Tarifverträgen (Stichwort: Tarifeinheitsgesetz), die grenzüberschreitende Koordinierung von Tarifpolitik und – last but not least – die rückläufige Tarifbindung.

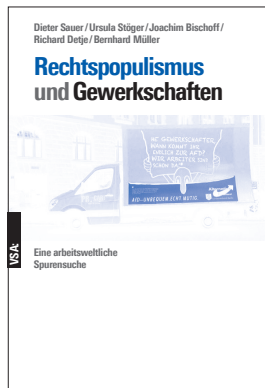
Der Gefährdung der Tarifaautonomie durch die Erosion vor allem der Flächentarifbindung hätte der Autor noch mehr Aufmerksamkeit schenken können. Die empirische Forschung zeigt, dass die unverbindliche „Orientierung“ tarifungebundener Betriebe an den Branchentarifverträgen keineswegs zu vergleichbaren Arbeits- und Einkommensbedingungen führt. Hinzu kommt, dass in der privaten Wirtschaft das typisch deutsche Modell der Kombination von Branchentarifvertrag plus Betriebsrat nur noch für eine abnehmende Minderheit von Beschäftigten gilt. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen.

Mögliche Lösungsansätze, die auch Müller-Jentsch benennt, liegen zum einen in der politischen Stützung des Tarifsystems, insbesondere durch eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Auch der 2015 eingeführte gesetzliche Mindestlohn ist hilfreich, weil er ein weiteres Ausfransen der Tariflöhne nach unten verhindert und damit neuen Raum für Tarifverhandlungen oberhalb dieser Grenze schafft. Zum anderen ist die Verteidigung und Ausweitung der Tarifbindung aus eigener, gewerkschaftlicher Kraft dringend erforderlich. Das setzt auch Mitgliederstärke voraus – Patentrezepte sind hier nicht auszumachen. Die immer noch rückläufigen Mitgliederzahlen der Gewerkschaften stimmen nicht unbedingt optimistisch.

Walther Müller-Jentsch hat einen kompakten Überblick über zentrale Dimensionen der Tarifaautonomie und ihre Bedeutung für das Funktionieren des Sozialstaats geschrieben. Natürlich bleiben viele Fragen offen. Aber das ist nicht unbedingt problematisch: Im Literaturverzeichnis finden sich knapp 50 Hinweise auf wichtige Veröffentlichungen zum Thema, die zum Nach- und Weiterlesen anregen. ■

REINHARD BISPINCK, DÜSSELDORF

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-4-319



DIETER SAUER/
URSULA STÖGER/
JOACHIM BISCHOFF/
RICHARD DETJE/
BERNHARD MÜLLER:
RECHTSPOPULISMUS
UND GEWERKSCHAFTEN
EINE ARBEITSWELTLICHE
SPURENSUCHE

VSA Verlag,
Hamburg 2018

ISBN 978-3-89965-830-9
216 Seiten, 14,80 €

In ihrer Studie „Rechtspopulismus und Gewerkschaften“ begeben sich Dieter Sauer, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller auf eine „arbeitsweltliche Spurensuche“, um den vermuteten „Nährboden“ (S. 27) oder gar die „Grundströmung“ (S. 25) der rechtspopulistischen Entwicklung in der Arbeitswelt offenzulegen. Sie knüpfen hierbei an den in der Forschung häufig bemühten Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Konjunktur des Rechtspopulismus und der sozialen Frage an, weisen jedoch zugleich auf die eigentümliche Blindheit für die aus der Lohnarbeit resultierenden Problemlagen in diesem Kontext hin. Ausgehend von der Annahme, dass die Betriebe „zentraler Erfahrungsraum von gesellschaftlicher Entwicklung“ (S. 27) und „Orte real vergesellschafteter Arbeit“ (ebd.) seien, nehmen sich die Autorin und die Autoren der arbeitsweltlichen Leerstelle an. Rechtspopulismus, so ihre These, erfahre in den an das Lohnarbeitsverhältnis gekoppelten Zumutungen eine soziale Verankerung, ohne die seine Dynamik nicht hinlänglich zu verstehen sei. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wahlergebnisse der AfD bei Arbeiterinnen und Arbeitern könnte man sagen: Das vorliegende Buch kommt zum richtigen Zeitpunkt.

Grundlage der Studie sind 19 Interviews mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären und -funktionärinnen und 14 Gruppengespräche mit insgesamt 95 Teilnehmern, darunter Vertrauensleute und Betriebsrätinnen, die über ihre Wahrnehmung des Rechtsrucks berichten und eigene Einschätzungen der Entwicklung preisgeben.

Mit einer Collage eindrucksvoller Schilderungen aus der betrieblichen Praxis gelingt es Sauer et al., die alarmierenden Zustände, die über die Krisenbefunde der letzten Jahre hinaus gleichsam als Krise im Dauerzustand ihre Wirkung entfalten (S. 89), konzise zu rekonstruieren. Die Permanenz der arbeitsweltlichen Zumutungen evoziere subjektive Verarbeitungsformen, die an den Grundfesten jenes meritokratischen Ordnungsrahmens rütteln, der die kapitalistischen Verhältnisse ideologisch immer schon mystifiziere (S. 164ff.) und die zugleich Entsolidarisierungsdynamiken befeuern, die auch die Fähigkeit der Aktivierung von gewerkschaftlicher Gegenmacht belasten können. Zu dieser Beobachtung gesellt sich zudem die Wahrnehmung einer „Klimaveränderung“ (S. 36) in den Betrieben hin zu fremdenfeindlichen Ressentiments sowie einer schleichenden Normalisierung eines alltagsrassistischen Diskurses. Als „Einfallstor für den Rechtspopulismus“ (S. 145) erweise sich insbesondere das im Zuge der mangelnden Repräsentation der arbeitsweltlichen Problemlagen entstehende Gefühl, von der etablierten Politik übergangen zu werden. Der AfD komme hinsichtlich der rechten Dynamik eine tragende Rolle zu. Sie offeriere sich als potenzielle Adressatin und Sprachrohr der politischen Unzufriedenheit und biete eine Umdeutung des Spannungsfeldes zwischen Kapital und Arbeit auf eine horizontale Achse an (S. 160). Der Rechtspopulismus falle „als Sicherheits- und Ordnungsversprechen“ (S. 167) in

einer Situation der Entsicherung auf fruchtbaren Boden.

Die Studie wird in der Fülle des erarbeiteten Materials und der analytischen Dichte ihrem explorativen Anspruch, die soziale Verankerung des Rechtspopulismus in der Arbeitswelt aufzudecken, mehr als gerecht. Mit ihrer praxisnahen Ausrichtung, die vor allen Dingen Stimmen aus den Betrieben zu Wort kommen lässt, ist der Autorin und den Autoren das Verdienst anzurechnen, die Bedeutung der Arbeitswelt und ihrer realen Widersprüche wieder in den Fokus zu rücken. Hier wiederum steckt das Potenzial für eine grundsätzliche Bearbeitung der Widersprüche, die über eine solidarische und inklusive Klassenpolitik vermittelt sein müsste.

Sauer et al. wenden sich damit ganz bewusst gegen jene Diskurse, die Erfahrungen von Lohnarbeit im Kapitalismus *de*-thematizieren. Die aufgedeckten Problemfelder bieten sich als Grundlage für weitere qualitative und quantitative Vertiefungen an. Da die Erkenntnisse der Studie sich weitestgehend auf Aussagen über ein Feld stützen, könnte dabei insbesondere komplementäres Material aus erster Hand weiteren Aufschluss bieten. Auch der Befürchtung, dass die geäußerten Einschätzungen bei der politischen Aufladung der Thematik und im Rahmen von qualitativer Forschung (etwa einer face-to-face-Interviewsituation) „sozial erwünscht“ sein könnten, ließe sich damit begegnen.

Das arbeitsweltliche Terrain der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus befördert die Gewerkschaften zu Schlüsselakteuren in der Bekämpfung rechter Einstellungen, wie die Autor*innen schlüssig begründen. Denn wenn rechte Einstellungen sich als „ideologische Schichten“ (S. 26) zwischen den Widerspruch von Kapital und Arbeit legen, muss der Appell an die Gewerkschaften als Klassenorganisationen lauten, die soziale Frage glaubhaft aufzugreifen, um sich so als politischer Adressat anzubieten und den Rechtspopulismus wirksam zu bekämpfen. Diese Art der Kanalisierung von Wut in eine vertikale Bahn befördert Gewerkschaften zu einem Gegenpol zu der ansonsten erfahrenen Ohnmacht. Das Potenzial dazu hätten sie nach diesen Befunden allemal, zeigt sich hier doch ein nach wie vor starkes Vertrauen in die Gewerkschaften – dies ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der Studie. Denn während der Vertrauensverlust in Institutionen der Zivilgesellschaft voranschreitet, verfügen die Gewerkschaften nach wie vor, insbesondere aufgrund ihrer Nähe zu den realen Auseinandersetzungen in den Betrieben, über einen Zugang, der anderen Akteuren längst verschlossen ist. Mit dieser Ressource gilt es zu intervenieren in der Auseinandersetzung um das „systemkritische Mandat“ (S. 199). Die Gewerkschaften jedenfalls, so macht diese lesenswerte Studie deutlich, haben bei der Rückgewinnung der Deutungshoheit über die sozialen Konflikte und dem damit verbundenen Entziehen des *arbeitsweltlichen* Nährbodens des Rechtspopulismus eine große Verantwortung. ■

MAREN HASSAN-BEIK, LUKAS ZAPPINO, DARMSTADT